



FUEN · Schiffbrücke 42 · D-24939 Flensburg

FEDERAL UNION OF EUROPEAN NATIONALITIES
FÖDERALISTISCHE UNION EUROPÄISCHER NATIONALITÄTEN
ФЕДЕРАЛИСТИЧЕСКИЙ СОЮЗ ЕВРОПЕЙСКИХ НАЦИОНАЛЬНЫХ МЕНЬШИНСТВ
UNION FÉDÉRALISTE DES COMMUNAUTÉS ETHNIQUES EUROPÉENNES

09. Februar 2022

MEDIENINFORMATION

FUEN verurteilt die Diskriminierung deutscher Kinder in Polen

Reduktion des Deutschunterrichts von drei auf eine Wochenstunde beschlossen

Die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) verurteilt aufs Schärfste die diskriminierenden Rechtsakte, die kürzlich in der Republik Polen verabschiedet wurden. Diese Verfahren und die sie begleitende Rhetorik schaden der gesamten deutschen Minderheit in Polen und insbesondere den Kindern schwer. Trotz starken Widerstands verabschiedete der polnische Sejm am 17. Dezember 2021 eine Änderung des Haushaltsgesetzes für 2022, die eine erhebliche Kürzung von 39,8 Mio. PLN (etwa 10 Mio. Euro) bei den Bildungszuschüssen für den Minderheitensprachunterricht vorsieht. Der polnische Senat schlug einen Änderungsantrag vor, der die Mittel wiederhergestellt hätte, jedoch ohne Erfolg: Dieser Änderungsantrag wurde am 27. Januar 2022 abgelehnt.

Am 4. Februar 2022 wurde deutlich, dass sich diese Maßnahme auf den Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache auswirken sollte: An diesem Tag veröffentlichte der polnische Minister für Bildung und Wissenschaft, Przemysław Czarnek, die Änderungen der Verordnung über den Unterricht von Minderheitensprachen, in der ein Absatz über den Sprachunterricht in Minderheitensprachen von „im Umfang von drei Stunden pro Woche“ in „im Umfang von drei Stunden pro Woche und im Falle von Schülern, die der deutschen Minderheit angehören, eine Stunde pro Woche“ geändert wurde.

Die FUEN sieht darin eine klare Diskriminierung der deutschen Minderheit und der Kinder, die der deutschen Gemeinschaft in Polen angehören. Diese Änderung führt eine gefährliche Doppelmoral ein, die im Widerspruch zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, zum polnischen Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten und vor allem zur Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates steht, einem internationalen Rechtsakt, der von Polen unterzeichnet und ratifiziert wurde. Für die FUEN ist es unverständlich, dass einer nationalen Minderheit die Mittel zum Erwerb ihrer Muttersprache und damit die Grundlage für die Erhaltung und Entwicklung ihrer Identität vorenthalten werden.

Die FUEN ist der Auffassung, dass die Rechte und die Finanzierung der in Polen lebenden Minderheitengruppen nicht aufgrund von Bestrebungen, die auf eine stärkere Unterstützung der polnischen Gemeinschaften im Ausland abzielen, beeinträchtigt werden dürfen, und dass die Rechte und die Zukunft der Kinder niemals aus politischen Gründen gefährdet werden dürfen.

Die FUEN bekräftigt ihre kontinuierliche Unterstützung für die deutsche Minderheit in Polen, wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Lösung dieses Problems einsetzen und diese Angelegenheit in politischen Diskussionen auf höchster Ebene ansprechen.

FUEN Flensburg / Flensburg
Schiffbrücke 42
D-24939 Flensburg
+49 461 12855

FUEN Berlin
Kaiser-Friedrich Straße 90
D-10585 Berlin
+49 30 364 284 050

FUEN Brussel / Bruxelles
Rue Jacques Jordaens 34
B-1000 Brussel
+32 2 6271822



Online-Diskussion zum Thema „Die Kürzung des Deutschunterrichts der Deutschen Minderheit in Polen und die Folgen“

Anlässlich der anhaltenden Debatte um die im polnischen Sejm beschlossene Kürzung des Deutschunterrichts für die deutsche Minderheit in Polen fand als Gemeinschaftsveranstaltung der Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) eine Online-Diskussion zum Thema „Die Kürzung des Deutschunterrichts der deutschen Minderheit in Polen und die Folgen“ statt.

Moderiert wurde die Veranstaltung vom Stiftungsratsvorsitzenden der Stiftung Verbundenheit und ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk. Zu den Teilnehmern der Expertenrunde zählten der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und Sprecher der AGDM in der FUEN, Bernard Gaida, der Politologe Dr. Marek Mazurkiewicz von der Universität Oppeln/Opole, die Minderheitenrechtsexpertin Dr. Beate Sibylle Pfeil, Mitglied im Sachverständigenausschuss der Europäischen Charta der Regional oder Minderheitensprachen des Europarats, sowie MdB Knut Abraham, Vorstandsmitglied der Stiftung Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland und ehemaliger Deutscher Gesandter in Warschau.

Zum Auftakt schilderte Bernard Gaida die Lage aus Sicht der betroffenen Minderheit und er fand deutliche Worte: man habe der Veranstaltung auch den Titel „die Einführung der Diskriminierung der deutschen Minderheit und die Einführung der Stigmatisierung Deutsch lernender Kinder in das polnische Rechtssystem“ nennen können. Er sprach von einer historischen Veränderung in der Geschichte Polens: zum ersten Mal werden Minderheiten in Polen in zwei Kategorien eingeteilt, was die deutsche Minderheit in ihrer Würde verletze.

Dr. Beate Sibylle Pfeil wies darauf hin, dass Polen bereits jetzt gegen seine Verpflichtungen aus der Europarat-Sprachencharta verstoße. So habe sich Polen bei Ratifizierung der Charta 2009 u.a. dazu verpflichtet, Deutsch (wie auch die anderen Minderheitensprachen) auf der Vor-, Primar- und Sekundarschulebene als Unterrichtssprache – und nicht lediglich als Unterrichtsfach – einzuführen. Polen habe diese Verpflichtung trotz entsprechender Aufforderungen von Seiten des Europarates bisher nicht umgesetzt. Die nun bewusst nur auf Deutsch abzielende Reduktion der Unterrichtsstunden bedeute nicht nur eine gezielte Diskriminierung, sondern zugleich eine existenzielle Bedrohung für Deutsch als Minderheitensprache in Polen und verstoße somit mehrfach auch gegen geltendes Völkerrecht. Der Sachverständigenausschuss für die Sprachencharta habe sich entsprechend besorgt gezeigt und die polnischen Behörden um weitere Informationen gebeten.

STIFTUNGSRAT

Hartmut Koschyk (Vorsitzender)
Peter Iver Johannsen
Thomas Kropp
Jörn Linster
Florian Weisker

STIFTUNGSVORSTAND

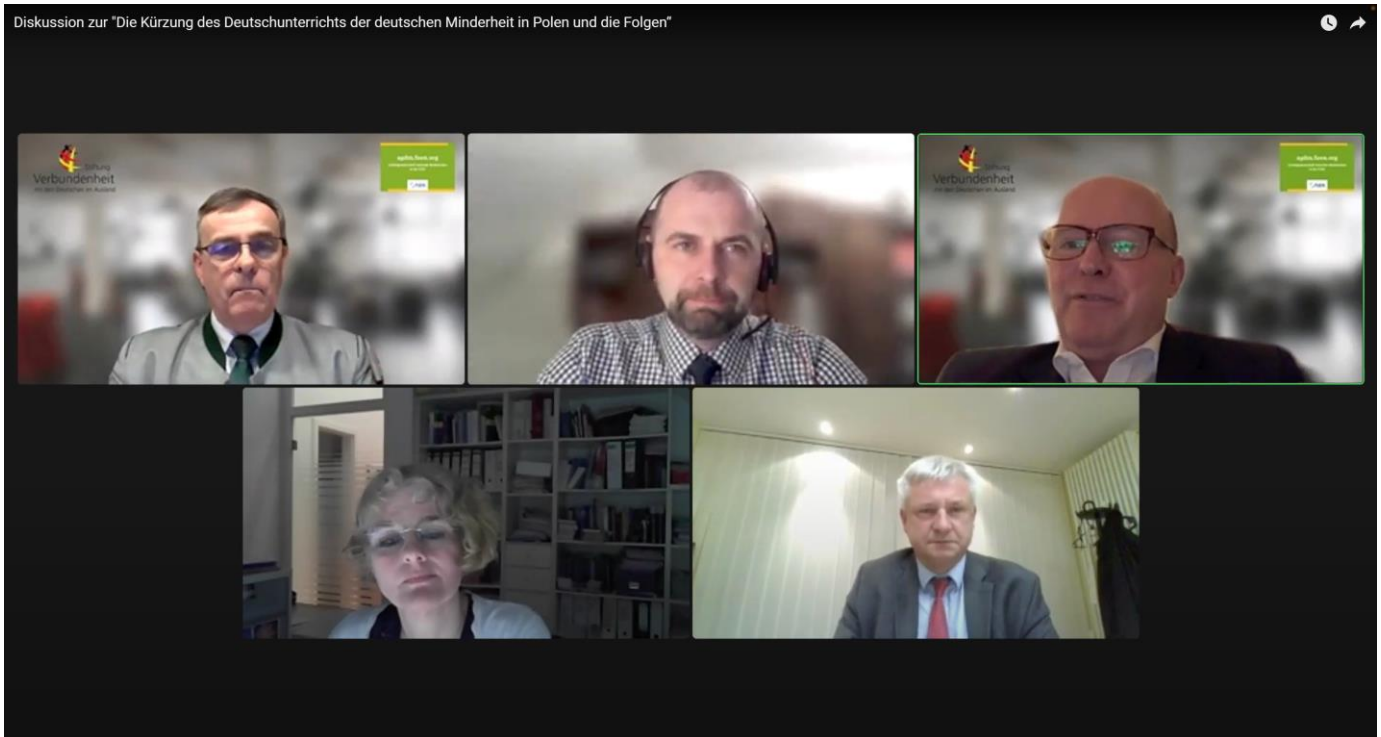
Prof. Dr. Oliver Junk (Vorsitzender)
Knut Abraham MdB
Prof. Dr. Christopher Huth
Thomas Konhäuser
Daniel Walther

KONTAKT

Stiftung - Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland
Geschäftsführer: Sebastian Machnitzke
An der Feuerwache 19
95445 Bayreuth
www.stiftung-verbundenheit.de
Telefon: +49 (0) 921 - 1510824-0
info@stiftung-verbundenheit.de

BANKVERBINDUNG

VR-Bank Bayreuth-Hof
IBAN: DE33 7806 0896 0006 0214 50
BIC: GENODEFIHO1
Finanzamt Bayreuth
Steuer-Nr. 208/147/10573



Es gelte nun, die Krise in eine Chance zu verwandeln und auf möglichst vielen Ebenen, insbesondere auch bilateral, auf die konsequente Umsetzung der Sprachencharta zu drängen.

Auch Dr. Marek Mazurkiewicz sprach von „klarer Diskriminierung“ und zudem einem klaren Verstoß gegen die polnische Verfassung. Zwar sei die populistische Instrumentalisierung des Themas insbesondere von rechtskonservativer Seite nicht neu. Neu sei jedoch, dass dies gesetzliche Konsequenzen habe. Das ganze Thema habe leider eine gewisse Aussagekraft über den Zustand der polnischen Demokratie. Hoffnung mache jedoch die Reaktion eines Teils der polnischen Zivilgesellschaft. Hiermit wies er vor allem auf die zeitgleich mit der Online-Veranstaltung stattfindenden Solidaritätsbekundungen des „Komitees zur Verteidigung der Demokratie – Region Oppeln“ hin. Es sei bemerkenswert, dass hier polnische Bürger für die deutsche Minderheit demonstrieren.

Ähnliches wusste auch Bernhard Gaida zu berichten. Neben den Bundestagsfraktionen von Union und SPD, der deutschen Botschaft und dem Minderheitsbeauftragten Prof. Dr. Bernd Fabritius, denen er für ihre schnelle Unterstützung dankte, stellte er insbesondere die von den Gesetzesänderungen nicht-betroffenen polnischen Minderheiten heraus: „Wir fühlen die Solidarität der anderen Minderheiten“. Auch ein Teil der Polonia in Deutschland lasse sich nicht für innenpolitische Ziele instrumentalisieren.

Knut Abraham MdB ordnete die Thematik schließlich in einen globaleren Kontext ein: es handele sich um ein dringendes Thema, das schnell eine Lösung brauche und das sich in das Bild der Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einfüge. Hier sei die Bundesregierung in die Pflicht zu nehmen: es helfe nur eine „hochrangige Ansprache“. Lobende Worte fand er diesbezüglich für den ursprünglich als Gast vorgesehenen, jedoch im Zuge der Tagesereignisse anderweitig verpflichteten Dietmar Nietan, der es in seiner Reaktion „an Deutlichkeit nicht habe fehlen lassen“.

Einig waren sich die Experten zuletzt aber auch darin, dass in der durch die Thematik reflektierten Krise der Deutsch-Polnischen Beziehungen auch eine Chance liege, die Beziehungen zu reformieren und langfristig zu verbessern. Gerade vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise solle man, so Hartmut Koschyk, „nicht in kleinem Streit verharren“ sondern „über den Tellerrand hinausschauen und ein neues Kapitel eröffnen“. In die gleiche Kerbe schlug Dr. Mazurkiewicz, der darauf hinwies, die aktuelle Sicherheitskrise als Signal dafür zu sehen, „dass wir gewissen Herausforderungen nur gemeinsam begegnen können“. Die Ukraine-Krise zeige, wie wichtig ein Bewusstsein für den Wert von Minderheiten sei und das Demokratie und Freiheit ständiger

Arbeit bedürfen. Die gesamte Debatte kann in voller Länge auf YouTube gesehen werden:

<https://youtu.be/6NlstbAnbZ4>

Jetzt den bedrängten und Not leidenden Menschen in der Ukraine helfen. Bauen Sie mit an der Humanitären Brücke zwischen Oberfranken und Transkarpatien mit.



Humanitäre Brücke
Oberfranken – Transkarpatien/ Ukraine



stiftung-verbundenheit.de klb-bamberg.de zamirchor.de

Transkarpatien ist eine historische Region im äußersten Südwesten der Ukraine, die an Rumänien, Ungarn, die Slowakei und Polen grenzt. Aus diesem Grund, wie auch aufgrund der bislang vergleichsweise stabilen Sicherheitslage, hat sich die Region, insbesondere die Hauptstadt Uschhorod, zum Rückzugspunkt für Kriegsflüchtlinge, aber auch zum Durchgangspunkt des Flüchtlingsstroms in die benachbarte Slowakei entwickelt. Die Stadt Uschhorod liegt unmittelbar an der ukrainisch-slowakischen Grenze.

IMPRESSUM

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145 „Mitglied im IMH-Netzwerk deutschsprachiger Auslandsmedien (www.deutschsprachig.de)“

Chefredakteur: Andrej Tichomirow. Redaktion.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".

Bei der Deutschen Nationalbibliothek: <http://d-nb.info/1078366330>